

Bezugspreise: für Halle monatlich bei zweimaliger Zustellung 7,50 Mark, vierteljährlich 22,50 Mark, durch die Post monatlich 8,25 Mark, vierteljährlich 24,75 Mark. Einmalige Zustellungsgebühren. Bestellungen werden von allen Buchhandlungen angenommen. Im amtlich, Zeitungsvorzeichen unter Code-Zeitung eingetragen. Für unverlangt eingegangene Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Nachdruck nur mit der Quellenangabe „Zooke-Zeitung“ gestattet. Ferner der Schriftleitung Nr. 1140, der Anzeigen-Abt. Nr. 1133, der Besorge-Abt. Nr. 1133.

Zooke-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 8 gepaltene 34 mm breite Millimeterzeile oder deren Raum 60 Pf., Familienanzeigen 40 Pf., Reklamen nur bei 1000 Millimeterzeile 2,50 Mark. Anzeigen nehmen an unsere Geschäftsstellen a. sämtlich, Anzeigengeschäfte. Erfüllungsort Halle. Erscheint täglich 2 mal, Sonntags und Feiertagen 1 mal, Geschäftszeiten: 9 bis 5 Uhr. Geschäftsstellen: Halle, Neue Promenade 1a, Dr. Draubausstr. 17, Neben-Geschäftsstellen: Große Reichstraße 32 und Markt 24. Vertriebs-Kontakte Leipzig Nr. 1004.

Fair play in Oberschlesien.

er. Das Fair plan, das Lloyd George für den Fall der Annahme des Ultimatums durch Deutschland verprochen hat, scheint in der obereschlesischen Frage bereits gelipst zu werden. Wir sagen: scheint! Und auch in dem Wort „Spielen“ liegt eine gewisse Zweideutigkeit. Die Warschauer Regierung hat bis jetzt drei Protestnoten erhalten, eine deutsche, eine englische und eine alliierte. Der deutsche Einspruch, den der Gefährträger von Dirsden in Warschau überreichte, geht von der neuen Regierung Wirth aus und stützt sich diplomatisch und moralisch auf das angenehme Ultimatum und damit auf den Versailles Vertrag, der durch den polnischen Einbruch in unerhörter Weise verletzt wurde. Befriedigender für das deutsche Gefühl wäre es ja, wenn sich die Berliner Note auf das deutsche Recht und auf eine drohende Niederlage des Aufstandes durch deutsche Truppen berufen könnte. Aber bei dem Fehlen der deutschen Gebietshoheit in Oberschlesien und bei der jede deutsche Unterjochung abweisenden, also feindseligen Haltung des Generals Le Rond ist eben nichts zu machen. Die britische Note, die äußerst scharf im Ton gehalten sein soll, ist bis jetzt nicht im Wortlaut bekannt geworden. Wahrscheinlich stimmt sie in der Sache mit den Erklärungen überein, die Chamberlain im Unterhaus abgab und die eine Reihe von „praktischen Maßnahmen“ in Aussicht stellen. Welcher Art diese praktischen Maßnahmen sein werden, ist noch sehr unklar. Lloyd George hat dem deutschen Vorkämpfer Dr. Schamer in London versprochen, sich bezüglich Oberschlesiens mit den Alliierten in Verbindung zu setzen. Die englische Regierung hat es angedeutet nicht sehr eifrig. Da aber eine Eile jetzt Rettung und alles bedeuten, hat die öffentliche Meinung in Deutschland noch wenig Grund, über das Fair play nach britischen Premiers in Bemerkung auszubrechen. Man muß abwarten, und schon dies ist befriedlich. Nun zur alliierten Note an die polnische Regierung. Diese Note wurde merkwürdigerweise zunächst allein von einem Berliner Blatt, der „Völkischen Zeitung“, gebracht. Darum ist die Note nicht durch Haas oder weiter an das Wolffbüros gegeben worden? Das wäre auch eine Art fair play gewesen. Die Note ist keine Rundgebung der Kabinette der Entente, sondern des alliierten Vorkämpfers in Paris. Sie steht in recht erheblichem Gegensatz zu der Antwort, die Briand auf die obereschlesische Behauptung der deutschen Regierung gab und ließ der Warschauer Regierung ganz gehörig die Weiten. Dem Vorkämpfer sind — endlich — Tatsachen bekannt geworden, aus denen hervorgeht, daß die polnische Regierung ihrer Pflicht, die Waffenruhe und den Einmarsch polnischer Soldaten nach Schlesien zu verhindern, nicht genügt hat. „Starker Mangel in der Ueberwachung“ ist der Vorwurf, den die Vorkämpferformuliert, und es wird wohl wenigen bekannt gewesen sein, daß der Vorkämpfer den Polen schon am 9. September vorigen Jahres einen ähnlichen Ruffel erteilt hat. Aber bei dem Ruffel ist es eben geblieben. Wenn die Alliierten jetzt erst richtig mit dem Finger drohen, wenn ihnen die Abstützung Korjantys durch ein einfaches Warschauer Dementi nicht genügt, wenn sie eine stärkere Reinwaschung der polnischen Regierung verlangen, so wird jeder, der die entsetzlichen Ereignisse der letzten acht Tage verfolgt hat, sagen: Das genügt nicht! Es brennt ja schon das ganze Haus! Der Brand muß gelöscht werden! Man hat in weiteren Kreisen die alliierte Note bereits dann verstanden, daß die Entente die Polen für allen Schaden ersatzpflichtig macht, den sie durch ihre Rebellion angerichtet haben. Das ist leider ein Irrtum. Mit den Polen wird nicht so hart verfahren wie mit Deutschland, das man zwingt, die Schäden eines christlichen Krieges, bis zum Weißbluten wieder gutzumachen. Nein, der unerhörliche Polenbruch wird glimpflicher beurteilt. Es heißt in der alliierten Note nur, daß, wenn die polnische Regierung trotz der Verwarnung nicht pariert, sie allenfalls geldlich verantwortlich gemacht werde. Eine sehr vorzügliche Fassung, die möglichst wenig weh tun will! Darum ist es geraten, auf das Geopolter der alliierten Note nicht eher etwas zu geben, als bis man endlich Taten gesehen hat, und zwar Taten nicht nur gegenüber dem Jururgentengendel und gegenüber der Warschauer Regierung, sondern vor allem gegen die französische Exekutive in Oberschlesien, die mit ihrer hinterhältigen und betrügerischen Haltung das ganze Unglück angerichtet hat. Ego Lloyd George nicht neben Korjantj auch den General Le Rond besanquiert, glaubt in Deutschland kein Mensch an das fair play.

Graf Sforza über das Ultimatum und Oberschlesien.

Graf Sforza gewährt dem Vertreter des „United Telegram“ eine Unterredung, in der sich der italienische Außenminister über die Bedeutung der Annahme des Ultimatums durch Deutschland folgendermaßen äußert: Die Entschlebung des deutschen Reichstages sei der erste Schritt zur Verwirklichung des europäischen Friedens. Schon auf der Londoner Konferenz habe er vorausgesehen, daß die deutsche Regierung werde das Ultimatum

annehmen in der Ueberzeugung, hierdurch die hauptsächlichste Ursache des noch gegen Deutschland bestehenden Hasses und Gralles zu beseitigen und eine wirtschaftliche Erneuerung Europas zu ermöglichen, was für einen starken und gesunden Organismus, wie es zweifellos Deutschland ist, einen mächtigen Vorteil bebrachte. Die nunmehr erfolgende Ausgabe der deutschen Schuldverschreibungen werde bei den Gläubigern den Eindruck hervorrufen, daß man endlich von Worten zu Taten übergegangen sei. Als Beförderer solcher Schuldverschreibungen seien die Ententemächte naturgemäß an Deutschlands wirtschaftlicher Wiederaufbau interessiert. Ebenso entsehe für Deutschland ein unmittelbarer Vorteil durch die Aufhebung aller über die Bestimmungen des Versailles Vertrages hinaus angewandten Sanktionen und die Beilegung der neuen Rheinfrage.

Hinichtlich Oberschlesiens erklärte Graf Sforza, daß trotz der weitläufigen Entschleubungen der polnischen Regierung die italienische Regierung für die Angriffe auf die italienischen Truppen Genugtuung ohne irgendwelche Ausflüchte verlangt habe. — Die Vorkämpferformeln berate über die Lösung des obereschlesischen Problems und werde einen gerechten Spruch fällen. Es sei vorauszusehen, daß eine jede Entscheidung weder die Polen noch die Deutschen vollständig befriedigen werde. Sicher sei jedoch, daß die Entente sich bei der endgültigen Lösung der obereschlesischen Frage in keiner Weise durch die gegenwärtige polnische Forderung beeinflussen lassen werde.

„Einigkeit“ der Entente in der obereschlesischen Frage.

Haas meldet aus Rom: Eine halbamtliche Note stellt die Auffassung der diplomatischen Kreise hinsichtlich Oberschlesiens folgendermaßen richtig: Man vertritt, daß die italienische Regierung in Bezug auf Oberschlesien und die Ereignisse, die sich in den letzten Tagen dort abgespielt haben, keine in jeder Hinsicht einseitige Haltung einnehmen wird, obwohl ein größerer Teil der Opfer der italienischen Truppe zu zählen ist. Diese Entscheidung soll im Verlaufe eines Meinungsaustrausches zwischen Graf Sforza und Giolitti getroffen worden sein. Der Minister hat einstimmig der Ueberzeugung Ausdruck gegeben, daß man im vollsten Einvernehmen mit den Verbündeten vorgehen müsse. Die diplomatischen Bemühungen Italiens würden in der Hauptsache im Schoße des Vorkämpfers zu erfolgen, der mit der Regelung dieser obereschlesischen Frage betraut sei.

Die „Sanktions“-Zölle.

Um die Abnehmerhaftigkeit in den besetzten Gebieten vor den Auswirkungen der von der Entente errichteten inneren Zolllinie zu schützen, hat der Zentralverband deutscher Knopfabrikanten e. V., Sitz Berlin, in seiner am 7. Mai in Eisenach abgehaltenen Generalversammlung beschloffen, bei Lieferungen seiner Mitgliedsfirmen die zur Erhebung gelangenden Zölle zu tragen. Der Zentralverband deutscher Knopfabrikanten e. V. hat eine Zollausgleichsstelle errichtet, von der bei Vorlegung der Zollquittung sowie einer Bescheinigung der liefernden Verbandsfirma den Abnehmern im besetzten Gebiet die besagten Zölle erlassen werden. Entsprechende Urträge sind an die Zollausgleichsstelle des Zentralverbandes, Deutscher Knopfabrikanten, e. V., Berlin E.R. 68, Zimmerstr. 3-4, zu richten.

Cuno und Melchior werden ab.

Mit der Vervollständigung des Kabinetts, dem nach Außen-, Finanz- und Wiederaufbauminister fehlen, dürfte sich der Kaiser noch einige Tage Zeit lassen. Das Außenministerium vor allem dürfte so rasch nicht besetzt werden und der Reichstasler eine Zeitlang selbst der Außenminister bleiben. Die einzige Persönlichkeit, an die man sich bisher mit dem Antrage auf Uebernahme des Außenministeriums gewandt hat, ist Generaldirektor Cuno von Hamburg-Amerika-Linie, der telegraphisch von New York aus abgelehnt hat, wie er ja auch früher schon auf inoffizielle Anfragen sich geweigert hat, einen Ministerposten zu übernehmen. Augenblicklich ist für das Auswärtige Amt kein bestimmter Kandidat in Aussicht genommen; es ist noch einmal die Frage entschieden, ob ein Parlamentarier oder ein Berufsdiplomate für die Leitung des Auswärtigen Amtes gewählt werden soll.

Die Uebernahme des Reichsjustizministeriums ist bisher lediglich dem Hamburger Bankier Dr. Melchior angeboten worden, der aber mit Rücksicht auf seinen Gesundheitszustand abgelehnt hat. An andere Persönlichkeiten scheint sich der Reichstasler bisher nicht gemeldet zu haben. In informierten Kreisen will man annehmen, daß der künftige Finanzminister ein Rechtsanwalt sein und den Reihen der Staatssekretäre entnommen werden wird.

Der Wechsel im Reichsministerium des Innern.

Im Reichsministerium des Innern verabschiedete sich am Donnerstag der bisherige Minister Koch von der Beamtenchaft. Er hob die Arbeitsfreudigkeit hervor, mit der die Beamtenchaft in den fast 13 Jahren seiner Tätigkeit an dem Wiederaufbau Deutschlands mitgearbeitet habe, und betonte, daß Deutschland nicht unterkommen könne, wenn nicht im Volke eine größere Verantwortlichkeit der Gewinnung Platz finde; letzten Endes sei nicht die Fortschrittlichkeit der Arbeit, die an der Arbeit stehen, sondern die Rücksicht unferer Gegner schuld an den traurigen Zuständen.

Gebuldig und zähe müsse man auf den Umschwung warten. Zum Wiederaufbau Deutschlands hat gerade die Beamtenchaft in erster Linie mitberufen. In den bewährten Einrichtungen des Ministeriums habe er (Koch) nicht mehr geändert, als die neue Zeit erforderte. Auch sein Nachfolger Dr. Gradnauer, der als sächsischer Ministerpräsident das wohlgepflegte Gebäude des dortigen Ministeriums wenig verändert habe, werde, so hoffe er zuverlässig, den geleisteten Aufbau des Reichsministeriums aufrecht erhalten. Minister Koch dankte zum Schluß den Beamten für alles, was sie in diesen schweren Zeiten geleistet hätten. Möge der Samen, der hier gelegt worden sei, dereinst ins Korn stehen.

Reichsminister Dr. Gradnauer begrüßte mit Dankworten für seinen Vorgänger die Beamtenchaft. Er werde aufs eifrigste bemüht sein, in vertrauensvollem und folgestem Zusammenwirken mit ihr nützliche Arbeit für das Vaterland zu leisten. Er stelle mit Genugtuung fest, daß er auch im freizeitlichen Sachdien mit der Beamtenchaft gut zusammengearbeitet habe. Er habe eine sehr hohe Meinung von den Rechten, aber nicht minder von den Pflichten der Beamten. In den heutigen Zeiten des Verfalls und der Entartung gelte es mehr denn je, daß sich unser Volk auf sich selbst besinne. „Frei ist, wer sich selbst bindet.“ Es gelte, die Bindung des Einzelnen an den Staat wieder zu beleben, und es sei eine wesentliche Aufgabe der Beamtenchaft, hier wegweisend vorzugehen. Staatsgewalt und Treue zum Staat seien stets der Stolz der Beamtenchaft gewesen. Nur die Befähigung auf den Staatsposten könne uns retten. Der Reichsminister forderte die Beamtenchaft auf, ihm zu helfen bei den überaus schweren Aufgaben, die dem Amte beschieden seien. Alle müßten zusammen wirken, damit unser so schwer geprüftes Vaterland wieder erstarke und zur Genugtuung gelange.

Staatssekretär Dr. Lewald dankte namens der Beamtenchaft dem lebenden Reichsminister Koch für seine Worte und erinnerte an die zahlreichen großen Arbeiten, die während der Ministerfahrt Kochs geleistet oder in Angriff genommen worden sind. Wäre der vordereichliche Wahnsinn des Kapp-Zuges nicht dagewesen gekommen, der damals die gesamte Beamtenchaft des Reichsministeriums des Innern einmütig in der Umkehr fand, so wären die Arbeiten des Ministeriums wahrscheinlich noch weiter gediehen. Rehdar gab der Hoffnung Ausdruck, daß die reichen Erfahrungen des bisherigen Reichsministers dem Vaterlande auch ferner zugute kommen würden. Den neuen Reichsminister begrüßte der Staatssekretär, daß dessen Worte in den Herzen der Beamtenchaft auf einen fruchtbaren Boden fallen würden. Mit besonderer Freude werde es aufgenommen, daß der Minister den Rechten der Beamtenchaft ein so großes Interesse entgegenbringe. Er hoffe, daß die guten Beziehungen, die im Reichsministerium des Innern stets zwischen der Beamtenchaft und ihrem obersten Chef bestanden hätten, auch weiter bestehen würden. Im Anschluß an diese Ansprache stellte Staatssekretär Dr. Lewald die Beamtenchaft dem Reichsminister Dr. Gradnauer vor.

Reichsminister a. D. Koch.

Bei der Neubildung des Kabinetts ist Reichsminister Koch aus der Regierung ausgeschieden. Als Schüler Mannharts hat er zuerst in seinem Heimatlande Oldenburg sich die parlamentarischen Sporen verdient. Im Preussischen Herrenhause war er als Kaffeler Oberbürgermeister der Führer der Freunde des gleichen Wahlrechts in der Kommunion. In Weimar führte er die demokratische Fraktion der Reichstasler an. Im Reichsministerium des Innern, im Oktober 1919 übernahm er das Reichsministerium des Innern. Hier schuf er die neue Kulturverwaltung, deren Wirksamkeit sich allerdings erst allmählich entfalten konnte und bei der man mit den gegebenen sachlichen und persönlichen Verhältnissen rechnen muß. Die Frage der Neugliederung des Reichs auf Grund der Weimarer Verfassung nahm er tatkräftig, aber nicht ohne die gebotene Vorsicht, in die Hand, indem er die Zentralstelle für die Gliederung des Reichs, die mitten in ihren Aufgaben steht, berief. In der Frage der Verbilligung und Vereinfachung der Reichsverwaltung trat er tüchtig hervor und hat gerade in letzter Zeit durch die Vereinfachung von Dienstverträgen, die unabhängig von der Parteizugehörigkeit die Dinge darstellten, wie sie sind, der weiteren Entwidlung den Weg gewiesen. Während des Kapp-Zuges hat er durch seine entschlossene Haltung den Verfassungsstaat erfolgreich verteidigt. Koch hat es von vornherein trotz des wiederholt und dringend von seiner Fraktion geäußerten Wunsches abgelehnt, sich in die neue Koalition als Minister übernehmen zu lassen. Es ist aber kein Zweifel, daß seine hervorragenden politischen Fähigkeiten, sein umfangreiches Wissen und seine große Tatkraft ihn in absehbarer Zeit hervorzuheben lassen, wieder an führender Stelle des Deutschen Reiches zu stehen.

Japan und seine Bundesgenossen.

Nach einem Kabeltelegramm der Chicago Tribune aus Washington habe China die Unterstützung der öffentlichen Meinung in den Vereinigten Staaten und den britischen Kolonien gegen eine Erneuerung des englisch-japanischen Bündnisses. Der in Washington eingetroffene Ratgeber des chinesischen Präsidenten, Simphon, erklärte, daß der Vertrag eine moralische Unterstützung Japans bei Eingriffen in China bedeuten würde und daß eine weitere Ermächtigung der japanischen Politik mehrheitlich zu einem Kriege mit den Vereinigten Staaten führen würde.

